

Förderungsprogramm der Österreichischen Bergbauernvereinigung zur Landwirtschaftspolitik

Die Landwirtschaft befindet sich zunehmend in einer Sackgasse. Immer mehr Bäuerinnen und Bauern sind gezwungen aufzugeben – in Österreich sperrt stündlich ein Bauernhof zu – in der EG bereits alle zwei Minuten.

Die derzeitige Landwirtschaftspolitik fördert auf Kosten der Natur und der Konsumenten immer noch die Intensivierung der Landwirtschaft. Die dadurch erzeugten Überschüsse müssen mit Milliarden von Stützungsgeldern auf dem Weltmarkt verschleudert werden, ohne daß die Bäuerinnen und Bauern davon etwas haben.

Der drohende EG-Beitritt Österreichs würde alle Probleme noch verstärken. Die Verhinderung des EG-Anschlusses kann aber nur ein Schritt sein. Die Krise der Agrarpolitik ist auch eine Chance, die wir ergreifen müssen, um in Österreich eine Lösung zu finden.

Flächendeckende Ökologisierung der Landwirtschaft

Der Ausstieg aus der Chemielandwirtschaft, mit einem Ausgleich für die dadurch entstehende Mehrarbeit der Landwirte, ist ein Ausweg aus der Sackgasse. Eine naturnahe bäuerliche Landwirtschaft kann die Natur schützen, die Bauernhöfe erhalten und gesunde Nahrung für alle bereitstellen. Die stellenweise Überschußproduktion wird abgebaut und die freiwerdenden Gelder (Exportstützung) stünden für sinnvolle existenzsichernde Maßnahmen zur Verfügung.

Dazu ist es notwendig, daß alle Bäuerinnen und Bauern zusammen mit den Verbraucher-, Umwelt- und Dritte-Welt-Organisationen zur Erhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft an einem Strang ziehen. Sonst sind unsere Lebensgrundlagen langfristig in Gefahr.

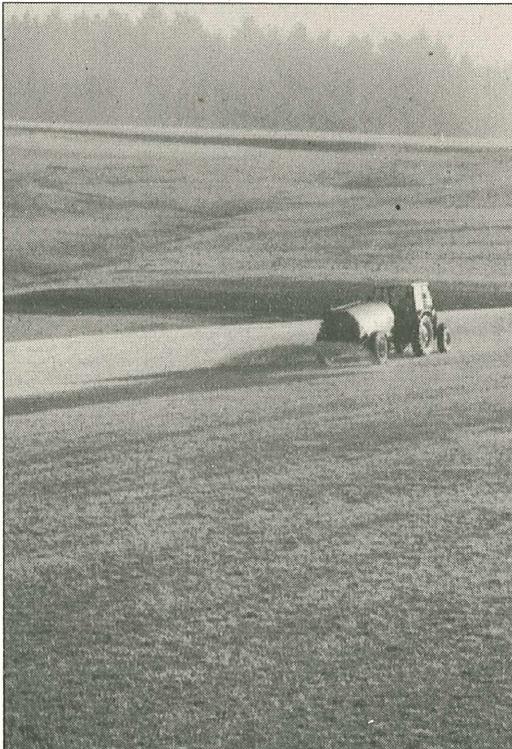


Foto: J. Gruber

In Österreich werden einerseits immer mehr landwirtschaftliche Produkte eingeführt, andererseits gibt es Bereiche mit großen Überschüssen, die jährlich mit hohen Exportstützungen im Ausland entsorgt werden müssen. Zu den künstlichen Weltmarktpreisen kann kein Landwirt auf der Erde nachhaltig und umweltverträglich wirtschaften. In Ländern der Dritten Welt ruinieren diese niedrigen Weltmarktpreise oft die einheimische Landwirtschaft.

Kostendeckende Preise

Die Milliarden, die volkswirtschaftlich völlig unsinnig zur Entsorgung der Butter-, Fleisch- und Getreideberge ausgegeben werden, nutzen jedoch kaum der österreichischen Landwirtschaft. Sie fließen hauptsächlich in Lagerhaltung, Transport und Exportspannen. Die Überproduktion wird jedoch nicht auf allen Bauernhöfen verursacht, sondern nur dort, wo intensiv gewirtschaftet wird. Trotzdem wird nach wie vor durch die momentanen Rahmenbedingungen die Intensivlandwirtschaft gefördert. Vielen Bäuerinnen und Bauern bleibt bei zu niedrigen Preisen nichts anderes übrig, als noch mehr zu produzieren. Das führt auch in Österreich zu industriellen Produktionsmethoden, wie einer Massentierhaltung mit unter anderem aus der Dritten Welt importierten Futtermitteln. Neue, umstrittene Techniken, wie etwa der Einsatz der Gentechnologie, haben das Ziel, die Industrialisierung weiter voran zu treiben. Gewinner würde wieder nur die Zulieferindustrie sein.

Biosprit – kein Ausweg

Die Pläne, das Überschußproblem durch den Einstieg in Biosprit und Biodiesel zu lösen, verursacht noch höhere Stützungskosten und erweist sich ebenfalls als Industrieförderung aus dem Landwirtschaftsbudget.

Ständig wird punktuell herumgedoktert und die Ursachen werden nicht beseitigt. Die Exportmilliarden wären besser angelegt, wenn sie in existenzsichernde Direktzahlungen umgeleitet würden, die einen echten Anreiz für eine umwelterhaltende Bewirtschaftungsform darstellen und die ungleichen Produktionsbedingungen innerhalb der Landwirtschaft (Berggebiete, Grenzertragsstandorte, ...) gerecht ausgleichen.

Mit diesen Fehlentwicklungen stehen wir nicht einsam da, sie sind als globales Problem zu beobachten. Wir vertreten die Ansicht, daß ein Konzept der Ökologisierung weltweit Anwendung finden könnte. Es ist höchste Zeit, daß das einseitig ökonomische Denken in der Wirtschaft abgelöst wird. Der Gegensatz von Ökonomie und Ökologie ist aufhebbar. In den GATT-Verhandlungen ist ebenfalls die Ökologie durch die traditionelle Vormachtstellung der Ökonomie ausgeklammert. Wir fordern daher, daß diese Verhandlungen endlich auf einer neuen Basis geführt werden und die Interessen der Natur und der von ihr abhängigen Menschen vertreten werden.

Die umweltbelastenden Folgen einer chemieintensiven Bewirtschaftungsweise und des Transport(un)wesens quer über den Kontinent sind längst ausreichend bekannt, jedoch werden ihre Kosten nicht den Verursachern angelastet. Wären die ökologischen Folgekosten monetär bewertet und fänden Niederschlag in den Preisen, könnte sich eine regionale, bäuerliche und umweltverträgliche Landwirtschaft ohne Frage durchsetzen. Der Durch-

setzung von Kostenwahrheit für umweltbelastende Produktionsverfahren kommt eine wichtige Schlüsselposition zu.

Nur eine flächendeckende Ökologisierung der landwirtschaftlich genutzten Fläche bei gleichzeitiger gerechter Entlohnung der dort arbeitenden Menschen kann ein langfristiger Lösungsansatz sein.

Ausräumung der Landschaft – eine Folge bisheriger Politik

Die Intensivlandwirtschaft hat der Natur großen Schaden zugefügt. Das Grundwasser wurde mit Nitraten und Pestizidrückständen belastet. Bäume, Hecken und Sträucher wurden aus der Landschaft wegrationalisiert. Die Artenvielfalt nimmt rapide ab. Stattdessen bestimmen häufig Monokulturen das Landschaftsbild. Vielerorts verschlechtert sich der Bodenzustand und der Humusabbau und Bodenabtrag wird zunehmend zum Problem.

Flächenstilllegungsprogramme und punktuelle Ökologemaßnahmen können diesem Mißstand nicht wirkungsvoll entgegenreten. Es ist vielmehr so, daß auf den nicht stillgelegten Flächen noch intensiver gewirtschaftet wird und es darauf hinaus läuft, daß eine Einteilung in Landschaftsschutz- und Landschaftsschmutzgebiete erfolgt.

Die Reduzierung von synthetischem Stickstoff und das Verbot von Halmverkürzungsmitteln und grundwassergefährdenden Pestiziden wären erste Schritte zu einer Ökologisierung. Monokulturen ohne Fruchtfolgen, wie im Maisbau, sind einzustellen. Dadurch könnte nicht nur die Natur geschützt, sondern auch die Überschußproduktion weitgehend verhindert werden. Da die Überschüsse auch im Inland auf die Preise drücken, ist deren Abbau eine wichtige Grundlage für höhere, gerechtere Erzeugerpreise. Langfristig soll nach einer Übergangszeit auf alle Pestizide verzichtet werden.

Mit einer Ökologisierung der landwirtschaftlichen Produktionsweise muß auch eine entsprechende Strategie in der Gesundheits- und Bildungspolitik einhergehen. Es ist notwendig, daß die Wertschätzung von Lebensmitteln einen besseren Stellenwert in der Gesellschaft erhält.

Unternehmensziel: hochwertige Lebensmittel

Die einseitige Förderung der Mengenproduktion und bürokratische Schikanen der Marktordnung haben die Erzeugung von Qualitätsprodukten oft behindert. Für die Konsumenten bedeutet eine Intensivierung der Landwirtschaft auch eine Verschlechterung der Nahrungsmittelqualität.

Die Erzeugung einer Vielfalt qualitativ hochwertiger Lebensmittel ist ein Beitrag zur Existenzsicherung der landwirtschaftlichen Betriebe. Damit der propagierte „Feinkostladen Österreich“ nicht nur ein Werbeslogan bleibt, sind ökologische Mindeststandards zu setzen. Den VerbraucherInnen müssen klare Garantien gegeben werden, daß alle Lebensmittel aus Österreich unter weitgehendem Verzicht auf Spritzmittel und Kunstdünger entstehen. Qualitativ hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln sind gerechte Preise gegenüberzustellen.

Eine schonende Weiterverarbeitung der erzeugten Produkte, soweit wie möglich dezentral im Ursprungsgebiet, erhöht ebenfalls die Qualität und stärkt die Wirtschaftskraft der Re-



Bauernmarkt

Foto: Salzburger Landesverband der Biobauern

gionen. Die dafür erforderlichen Bedingungen sollen schnellstens geschaffen und bestehende Initiativen gefördert werden. Für die Weiterverarbeitung müssen gleichfalls ökologische Mindeststandards gesetzt werden.

Arbeitsplätze am Bauernhof erhalten

Die ständige Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft führt zur Abwanderung mit einschneidenden Folgen. Die zur Verfügung stehenden Arbeitsstellen sind oft unbefriedigend, naturbelastend und tragen zum verkehrsbelastenden Pendlerverkehr bei. In unfreiwilligen Nebenerwerbsbetrieben werden die Bäuerinnen und Bauern häufig unzumutbar belastet.

Die Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, auch durch hofnahe Vermarktung und Verarbeitung, kann für viele befriedigende, naturnahe Arbeit bringen. Sie kann auch ein Beitrag gegen die wachsende Arbeitslosigkeit sein. Eine Grundvoraussetzung ist die Verbesserung der sozialen Absicherung.

Bäuerinnen und Bauern, die umwelterhaltend wirtschaften, leisten einen sehr bedeutenden Beitrag für alle, indem sie:

- ⊞ für eine intakte Umwelt sorgen
- ⊞ die Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln versorgen
- ⊞ eine vielfältige Landschaft erhalten
- ⊞ zur Schonung der Ressourcen beitragen
- ⊞ den ländlichen Raum beleben und aktivieren. Für diese Leistung muß eine gerechte Bezahlung gesichert sein.

118



Aus: „Globetrottel, Karikaturen zur Umwelt“ von Horst Haitzinger

- ⊗ Gerechte Entlohnung der Arbeit über kostendeckende Preise
- ⊗ Streichung der Exportsubventionen und Umlenkung dieser Gelder in Direktzahlungen

Direktzahlungen:

- ⊗ Ausgleich der innerlandwirtschaftlich ungleichen Produktionsbedingungen
- ⊗ Entschädigung für die Mehrarbeit, die durch eine umwelterhaltende Produktionsweise entsteht und der gesamten Gesellschaft nützt.
- ⊗ Ausbau des bäuerlichen Sozialsystems
- ⊗ Verbot der Forschung und Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelverarbeitung
- ⊗ Keine Patentierung von Lebewesen
- ⊗ Erhaltung und Förderung der genetischen Vielfalt von Pflanzen und Tieren
- ⊗ Einstellung der Produktion von BST in Kundl/Tirol
- ⊗ Verbot der Massentierhaltung

Ökologischer Mindeststandard einführen:

Dazu ist eine Neudefinition von ordnungsgemäßer Landwirtschaft notwendig.

- ⊗ Flächengebundene und artengerechte Tierhaltung
- ⊗ Verzicht auf alle Hormonzugaben in der Tierhaltung
- ⊗ Stärkere Besteuerung von Stickstoff
- ⊗ Verbot von Halmverkürzungsmitteln
- ⊗ Sofortiges Verbot aller gewässergefährdenden Pestizide
- ⊗ Stufenweise Einschränkung aller Pestizide mit dem Ziel des völligen Anwendungsverzichtes

Eine naturverträgliche Landwirtschaft muß aber vor unfairen Importen geschützt werden:

- ⊗ Kein EG-Beitritt Österreichs
- ⊗ Keine Unterzeichnung des EWR-Vertrages
- ⊗ Kein GATT-Abkommen auf Kosten der Landwirtschaft
- ⊗ Kostenwahrheit durch Einrechnen ökologischer Folgekosten in die Preise
- ⊗ Verbot von Importen, die nicht nach dem zukünftigen österreichischen Mindeststandard produziert werden
- ⊗ Deklarationspflicht bei Nahrungsmitteln über Produktionsweise und Verarbeitung.

Erstunterzeichner sind u. a. folgende Organisationen:

Katholische Landjugend, Freunde der Erde, Österreichischer Naturschutzbund, Tier-
schutzverein Vier Pfoten, Blauer Kreis, EG Oppositionsbüro.

Die Unterstützer dieses Programmes sind offen für eine Diskussion und freuen sich über
Stellungnahmen und weitere Unterstützer. (ÖBV-Telefon und Fax: 0222/8129400)

(Anschrift des Verfassers: Österreichische Bergbauernvereinigung, Herklotzgasse 7/21,
1150 Wien.)

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 1991

Band/Volume: [1991_6](#)

Autor(en)/Author(s): Anonymus

Artikel/Article: [Förderungsprogramm der Österreichischen Bergbauernvereinigung zur Landwirtschaftspolitik 184-189](#)